

Flugrouten bestätigt

URTEIL Offenbach und Landkreis scheitern mit Klagen vor dem Verwaltungsgerichtshof

FRANKFURT/KASSEL (dpa). Der hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel hat am Dienstag zwei Klagen gegen Flugrouten zum Frankfurter Flughafen abgewiesen. Geklagt hatten der Main-Kinzig-Kreis und ein Anwohner sowie die Stadt Offenbach, in beiden Verfahren ging es um den Fluglärm beim Anflug aus östlicher Richtung. Bei der Festlegung der Routen seien dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung keine Versäumnisse vorzuwerfen, urteilten die Verwaltungsrichter. An- und Abflugverfahren dienen der sicheren und flüssigen Abwicklung des Flugverkehrs. Ob die Kommunen Beschwerde gegen das Urteil einlegen, war am Dienstag noch nicht klar.

Offenbach hatte vor Gericht argumentiert, 80 Prozent des Stadtgebiets lägen in Zonen, in denen wegen der Lärmbelastung nur eingeschränkt gebaut werden dürfe. Es gebe Alternativen zum direkten Anflug. Dem widersprachen die Richter. Bei der

Berücksichtigung der Lärmbelastung habe das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung ausreichend abgewogen. Es sei auch berücksichtigt worden, dass die Schwelle der Unzumutbarkeit in weiten Teilen des Stadtgebiets überschritten werde. Mögliche Alternativen seien aber ausreichend geprüft worden.

„Fluglärm beschränkt die Entwicklungsmöglichkeiten Offenbachs als Wohnstandort auf ein Minimum“, sagte Offenbachs Bürgermeister Peter Schneider (Grüne) nach der Urteilsverkündung.

Bei der Klage des Main-Kinzig-Kreises ging es um die Frage, in welcher Höhe Maschinen über das Kinzigtal fliegen dürfen. Alternativen kommen nach Überzeugung des Gerichts nicht in Betracht. Das Urteil mache einmal mehr deutlich, „dass dem notwendigen Schutz der Bürger vor vermeidbarem Fluglärm nicht genügend Priorität eingeräumt wird“, kritisierte Vize-Landrat André Kawai (SPD).

Im Fluglärmschutzgesetz wird der Lärm geschützt, also primär die Wirtschaftlichkeit, die Sicherheit und zuletzt die Menschen. Und genau das vollstreckt die Justiz. Die Justiz kann nun einmal nicht den Gestaltungsauftrag der Politik ersetzen.

In der von Interessen ferngelenkten Politik steht der Götze Mammon im Vordergrund wie schon immer in der Menschheitsgeschichte. Selbst Moses hatte seine Mühe.

Das meint Hartmut Rencker